



Grand-Duché de Luxembourg
Ministère d'Etat

Bulletin
de
documentation

Service Information et Presse
Luxembourg - 10, boulevard Roosevelt

2/1977

Überreichung des Robert-Schuman-Preises 1977 an Ministerpräsident Gaston Thorn

In der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität in Bonn fand am 29. März 1977 die feierliche Überreichung des Robert-Schuman-Preises 1977 an Herrn Staatsminister Gaston Thorn, Präsident der Regierung des Großherzogtums Luxemburg durch den Rektor und Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität statt. Der Robert-Schuman-Preis wird jedes Jahr von der Stiftung F. V. S. zu Hamburg zur Verfügung gestellt. Erinnern wir daran, daß dieser Preis 1967 gleichfalls an den verstorbenen Ehrenstaatsminister Joseph Bech verliehen wurde. Weitere Preisträger waren Jean Monnet, Dr. Sicco L. Mansholt, Prof. Dr. Walter Hallstein, Dr. Denis de Rougemont, Alain Poher, Dr. Silvius Magnago, des Rektors des Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Dr. h. c. Pierre Pflimlin, Christopher Soames.

Anschließend veröffentlichen wir die Ansprache des Rektors der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Herrn Professor Dr. Rolf Leis, und die Festrede von Herrn Ministerpräsident Gaston Thorn, die anlässlich der Überreichung des Robert-Schuman-Preises 1977 an Ministerpräsident Gaston Thorn gehalten wurden.

Ansprache von Herrn Professor Dr. Rolf Leis

Exzellenzen,

sehr verehrter Herr Ministerpräsident Thorn,
meine Herren Bundesminister,
sehr verehrte Damen, meine Herren!

Im Namen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität möchte ich Sie alle sehr herzlich willkommen heißen und Ihnen danken, daß Sie sich heute abend in Erinnerung an den großen Staatsmann Robert Schuman versammelt haben. Besonders herzlich begrüße ich die vielen Gäste aus Luxemburg.

Vor wenigen Wochen erst hatten wir die Ehre und Freude, Sie, Herr Ministerpräsident Thorn, in diesem Hause begrüßen zu können. An jenem Abend verliehen Ihre Königlichen Hoheiten, der Großherzog und die Großherzogin von Luxemburg anlässlich Ihres Staatsbesuches in der Bundesrepublik dem Hauptgebäude unserer Alma Mater Bonnensis noch einmal den Glanz einer fürstlichen Residenz. Unsere Universität ist seit langem durch zahlreiche Bande mit Ihrer Heimat verbunden. Ihr Souverain hat dies

in besonders liebenswürdiger Form mehrfach hervorgehoben. Um so größer ist unsere Freude, daß wir in Ihrer Person heute einen derjenigen Männer ehren dürfen, die mit Überzeugung und Erfolg und trotz aller Widrigkeiten unserer Zeit zu den engagierten Wegbereitern eines geeinten Europas gehören.

Zu den vielen historischen Verbindungen zwischen der Universität Bonn und Luxemburg gehören auch zwei Männer, von denen ich annehmen möchte, daß sie Ihnen viel bedeuten, ja daß sie Ihnen bis zu einem gewissen Grade vielleicht sogar Vorbild waren und sind. Es ist dies zuerst der große liberale Politiker und Staatsmann am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Paul EYSCHEN, der als junger Mann in Bonn studiert hat und dessen wissenschaftliche Arbeiten zum Luxemburger Staatsrecht bis heute kaum an Bedeutung eingebüßt haben, und es ist dies an zweiter Stelle der vielen unter uns noch persönlich sehr gut bekannten Joseph BECH, dem mein Amtsvorgänger vor genau 10 Jahren an dieser Stelle ebenfalls den Robert-Schuman-Preis überreichen durfte. Beide waren wie Sie gleichzeitig Ministerpräsident und Außenminister ihres Landes, beide haben die Geschicke Luxemburgs in schweren Zeiten geleitet.

Joseph BECH gehört zu den ganz Großen der Zeit zwischen den Weltkriegen und der ersten Nachkriegszeit. Er war Kollege und Freund eines Robert Schuman, eines Konrad Adenauer, eines Alcide de Gasperi, d. h. jener Männer, die vor mehr als 25 Jahren die zwingende Notwendigkeit erkannten, ein vereintes Europa zu schaffen als Rahmen für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau und mit dem direkten Hauptziel einer Aussöhnung und Annäherung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn.

Sie, Herr Ministerpräsident, gehören bereits der nächsten Generation an, die, aufbauend auf den Pionierleistungen Ihrer Vorgänger, bemüht ist, dieses Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch auszubauen und nach innen und außen zu festigen. Genau wie bei Robert Schuman mögen persönliche Jugenderlebnisse für Ihr politisches Engagement von Bedeutung gewesen sein. Sie haben als Luxemburger einen Teil Ihrer Jugend in Lothringen verbracht, während Schuman als Lothringer seine Jugendzeit in Luxemburg verlebte. Der geschichtsträchtige Raum Luxemburg-Lothringen und sein

furchtbares Schicksal in 2 Weltkriegen hat Sie beide gleichermaßen geprägt. Diese Parallelen sollten gesehen werden, wenn der Europäer Gaston Thorn im Namen des Europäers Robert Schuman geehrt wird.

Schon als Student haben Sie, Herr Ministerpräsident, sich der politischen Aktivität verschrieben, zuerst als Präsident der Studentenunion Luxemburgs, dann als Präsident der Studentischen Weltkonferenz und als Präsident der Demokratischen Jugend. Mit 31 Jahren zogen Sie als Abgeordneter in das Parlament Ihres Landes ein und wurden ebenfalls Mitglied des Stadtrates der Hauptstadt. Gleichzeitig finden wir Sie seit 1959 im Europäischen Parlament, wo Sie bald wichtige Aufgaben an der Spitze von Kommissionen und als Präsident der Liberalen Gruppe übernahmen. Auch dem Europarat gehörten Sie vorübergehend an. Seit 1961 gaben Sie der liberalen Partei Ihres Heimatlandes neue Impulse und traten — kaum 33jährig — an deren Spitze.

Zu Beginn des Jahres 1969 übernahmen Sie dann in einer Koalitionsregierung mit der Christlich-Sozialen Partei das Außenministerium, und nach den Wahlen von 1974 betraute der Großherzog Sie mit der Regierungsbildung und übertrug Ihnen das verantwortungsvolle Amt des Ministerpräsidenten. Selbstverständlich behielten Sie gleichzeitig das Außenministerium, denn diesem politischen Bereich galt immer Ihr besonderes Interesse.

Vor allem auf dem Felde der Europapolitik haben Sie sich große Verdienste erworben. Mit großem Elan wirkten Sie für die politische Union der europäischen Staaten. Sie übernahmen den Vorsitz der EG-Gruppierung der liberalen Parteien und wurden Präsident der Liberalen Weltunion. Enge Freundschaft verbindet Sie seither mit unserem Bundespräsidenten, Herrn Walter Scheel. Mit Erfolg haben Sie sich bemüht, die infolge der Kriegsereignisse sehr schwierige und empfindliche Nachbarschaft zwischen Luxemburg und der Bundesrepublik zusehends zu verbessern. Ein regionales Zusammenwirken Frankreich-Luxemburg-Bundesrepublik erschien Ihnen erstrebenswert.

Herr Ministerpräsident, innerhalb weniger Jahre erwiesen Sie sich als europäischer Staatsmann von Format, als eindrucksvoller Interpret der Europäischen Union. So war es nicht von ungefähr, daß die westeuropäischen Mächte gerade Sie in Vorschlag brachten, als sie 1975 turnusgemäß aufgerufen wurden, den Präsidenten der nächsten UNO-Vollversammlung zu nominieren. Bei großen Staaten und mächtigen Ländern kann man benennen, wen man will, der Vertreter wird immer als angesehenere und einflußreicher Mann gelten. Anders im Falle Luxemburgs. Seine machtpolitische Bedeutung ist, trotz eines enormen Industriepotentials, im europäischen und internationalen Zusammenspiel relativ gering. Seine Vertreter sind wesentlich darauf angewiesen, sich aufgrund ihrer Fähigkeiten und durch ihre Tüchtigkeit eine persönliche Position zu schaffen, welche die offizielle bei weitem an Bedeutung überflügelt. Und genau das trifft auf Sie, Herr Ministerpräsident, voll und ganz zu. So stellte Ihre Berufung zum Präsidenten der UNO-Vollversamm-

lung eine Art von Krönung Ihrer politischen Tätigkeit dar. In der Europäischen Gemeinschaft übernahmen Sie dann 1976 den Vorsitz im Ministerrat und in der Außenministerkonferenz sowie im Europäischen Rat der Regierungschefs.

Ihre aus eigener Leistung geschaffene Position hat es Ihnen ermöglicht, ganz objektiv auch offene Kritik zu üben, wenn dies vonnöten war. Sie können im Kreise der Neun Dinge sagen, die Ihre Kollegen aus politischer Opportunität vielleicht lieber verschweigen. Freimütig, wie Sie sind, haben Sie auch Mißstände zu Recht kritisiert. So haben Sie im Frühjahr 1973, als es um den Sitz des Europäischen Währungsfonds ging, bei einem Treffen mit führenden Politikern Deutschlands hier in der Nähe Bonn in etwa folgendes gesagt: « Wenn die Großen ihre Interessen verteidigen, so ist das große Politik, und es geht um vitale Interessen, die unbedingt zum Wohle Europas berücksichtigt werden müssen, wenn die Kleinen dasselbe tun, so nennt man das Kleinkrämerei, und man sagt ihnen kurzsichtigen Egoismus nach, der der europäischen Sache abträglich sei. »

Als Luxemburger und als Europäer sind Sie jederzeit ein Anwalt der Kleinen gewesen und mit vollem Recht haben Sie gesagt: « Solange ein Land wie das meinige im Kreise der westlichen Mächte ein vollberechtigter Gesprächspartner ist, wird Europa bestehen und eine lebendige Realität darstellen. Wenn man eines Tages denjenigen nicht mehr zuhören würde, deren Macht sich nicht in Quadratkilometern messen läßt, wäre der europäische Geist auf immer vernichtet. »

Sie sprechen als Vertreter eines kleinen Landes Dinge aus, die Franzosen und Deutsche, Briten und Italiener nicht so ungeniert zur Debatte stellen können. Vor allem kämpfen Sie gegen den Geist einer primitiven « Scheckbuchgemeinschaft ». Schließen möchte ich mit einem letzten Zitat von Ihnen. Sie haben vor kurzem gesagt: « Ich glaube immer noch an Europa, und ich bin ärgerlich, wenn ich deshalb als Träumer bezeichnet werde. Ich bin überzeugter Europäer aus Realismus und sage: Das ist unsere einzige Chance. »

Herr Ministerpräsident! Ich habe nun die große Ehre, Ihnen den Robert-Schuman-Preis für das Jahr 1977 überreichen zu dürfen. Empfangen Sie bitte die Plakette und die Urkunde.

Dankrede von Herrn Ministerpräsident Gaston Thorn

Magnifizenz,
Herr Präsident Töpfer,
Exzellenzen,
Meine Damen und Herren,

Es ist eine sehr große Ehre für mich, heute aus Ihren Händen, Magnifizenz, den Robert-Schuman-Preis in Empfang zu nehmen. Die schmeichelhaften Sätze, die Sie an mich gerichtet haben, überwältigen mich, so daß ich — einmal ist keinmal — keine Worte finde, um Ihnen darauf in gleich haltvol-

ler Form zu antworten! Ob ich dieses Preises würdig bin, das kann ich selbst schlecht beurteilen; deshalb will ich, in aller Bescheidenheit, dem Kuratorium, das mich ausgewählt hat, mein Vertrauen schenken und seine Wahl diskussionslos annehmen. Auf jeden Fall freue ich mich sehr darüber.

In meinem Namen und im Namen aller Luxemburger, möchte ich Herrn Töpfer meinen herzlichen Dank ausrichten für diese hohe Ehre und Auszeichnung. Es ist mir eine besondere Freude, daß in die lange Reihe namhafter Persönlichkeiten, die schon mit diesem Preise ausgezeichnet wurden — und ich erinnere mich da unter vielen an Jean Monnet, Walter Hallstein, Denis de Rougemont —, jetzt schon zum 2. Male ein luxemburgischer Ministerpräsident aufgenommen wurde.

Als ganz besonders ehrenvoll für mich betrachte ich, daß dieser Preis den Namen Robert Schuman trägt. Dieser große französische Staatsmann war ja bekanntlich, was seine Erziehung anbelangt, ein Luxemburger! Bei uns gibt es ein Schuman-Lyzeum, ein Schuman-Denkmal, ein Schuman-Gebäude — ganz besonders aber lebt der große Europäer im Andenken des Volkes weiter. Luxemburg ist sonst eher friedfertig und nicht zu Annexionen geneigt: Robert Schuman aber haben wir als einen der Unseren anerkannt; daß er darüber hinaus auch zeitweilig französischer Premier- und Außenminister war, ist bloß ein weiterer Beweis der Weitsichtigkeit und Toleranz der Menschen an Rhein und Mosel, woher ja auch Bech und Adenauer stammen.

Mit Schuman haben wir « Letzeburgesch » gesprochen und nicht nur in seinen letzten Monaten als er wieder besonders innig zu seinen Ursprüngen zurückfand. Welch bessere Ehrung könnte es für ihn aber auch für mich geben, als auf sein Werk zurückzublicken, dem ich mich heute mehr denn je verbunden fühle? Welch besseren Zeitpunkt als der 20. Jahrestag der Unterschrift der Römischen Verträge, den ich soeben mit den Staats- und Regierungschefs der Neun in Rom feierte? Joseph Bech hat hier 1967 — es war der 10. Jahrestag eben dieser Verträge — in seiner Festrede gesagt: « Unser langjähriges Bemühen um die Einigung Europas ist nicht vergeblich gewesen. Zwar hat es noch nicht die ersehnten Früchte getragen... wohl aber ist aus dem Samen der erst in Paris, dann in Messina, in Brüssel und in Rom ausgestreut wurde, eine Saat erwachsen, die allen Unbilden der politischen Witterung zu Trotz voller Saft und Leben bleibt. »

Und in einer großen französischen Zeitung hat Alfred Grosser eben gefragt, jetzt, 10 Jahre später — die Gemeinschaft sollte inzwischen erwachsen geworden sein — weshalb die Saat nicht aufgehe. Es liegt jedenfalls nicht am Samen, der von Robert Schuman gestreut wurde!

In Luxemburg gebraucht man heute noch das Wort « Schuman-Plan » als Sammelbegriff für alle Aspekte der europäischen Einigung. Der Volksmund hat kein Verständnis für das stückweise Vorgehen der Politiker und noch weniger für die subtilen Unterscheidungen welche das tägliche Brot der Diplomaten ausmachen.

Wie sehr diese instinktive Volksweisheit auch der wohlüberlegten Weisheit eines Robert Schuman entspricht, das wird jedem klar, der sich die Mühe macht die Erklärung vom 9. Mai 1950 nachzulesen. Die Mühe ist leicht, denn die Erklärung hat den einen wichtigen Vorzug, der dazu angetan ist, sie zu einem historischen Text, würdig der Aufnahme in Anthologiewerke zu machen: ihr Verhältnis von Inhalt zu Länge ist höchst positiv! In anderen Worten: in wenigen Reihen entwirft die Erklärung nicht nur den Plan der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, sondern sie legt auch ein Grundkonzept für das Gesamtwerk der europäischen Einigung vor.

Im Vordergrund für Robert Schuman stand natürlich die Versöhnung von Deutschland und Frankreich. Als Sohn von Lotharingen, im weitesten Sinne, diesem Gebiet in der Mitte, zwischen deutschem und französischem Kernland, das so oft von Kriegen verwüstet wurde, mußte ihm eine dauerhafte Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern ganz besonders am Herzen liegen. Daher der Plan, diese beiden Länder dauerhaft aneinanderzuschweißen durch die Verbindung ihrer wichtigsten Industrie- und Energiezweige. Emil Mayrisch hatte das schon, von der industriellen Seite her, 30 Jahre früher versucht. Es war ihm, in der ambivalenten Atmosphäre der 20er Nachkriegsjahre nicht geglückt. Es fehlte wohl auch am klarer formulierten politischen Leitfadern.

Doch das ist Geschichte!

Wichtig ist, daß wir auch jetzt, wo wir nach einer nordischen oder mediterranen Dimension suchen, nicht vergessen, daß die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit noch immer das Herz der Gemeinschaft sind.

Wichtig ist auch heute noch, daß gerade Kohle und Stahl die Grundlage zum Einigungswerk abgaben und noch immer abgeben. Kohle und Stahl sind die Grundfesten unseres Reichtums: die Energie und dann die Wirtschaftskrise führen uns das eben wieder ganz plastisch vor Augen. Wenn Verschiedene heute glauben, die Stahlkrise sei zu behandeln wie eine Flaute auf dem Baumwollmarkt oder wie Absatzschwierigkeiten bei Kühlschränken, verkennen sie weshalb Robert Schuman den Anfang Europas gerade auf diese beiden Länder und auf diese beiden Produkte aufbaute.

Wichtig, auch jetzt noch und für die Zukunft sind dann die Leitlinien allgemeiner Natur, welche den präzisen « Schuman-Plan » umrahmen, und ihn in sein wahres Licht stellen. Diese will ich kurz kritisch unter die Lupe nehmen und versuchen, so ein richtiges Bild der Weitsichtigkeit Robert Schumans zu geben — in Gegenüberstellung wird dadurch leider die historische Kurzsichtigkeit vieler anderer verantwortlicher Zeitgenossen, die ich nicht nennen werde, klar zum Ausdruck kommen.

Zuerst enthält der Plan zur Schaffung einer Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine Einladung an die andern europäischen Länder. Nicht ein Vorzugsverhältnis zweier Länder sollte entstehen, sondern eine Gemeinschaft auf europäischer Ebene. Hätte zu dem Zeitpunkt Großbritannien die ergangene Einla-

derung angenommen, so wäre Europa ein fast zwanzig Jahre anhaltendes Tauziehen über die Erweiterung der Gemeinschaft erspart geblieben! Fehleinschätzungen, verpaßte Gelegenheiten mußten in diesem Falle durch recht viel verlorene Zeit und Arbeit wieder aufgefangen werden, ohne von dem europäischen politischen Kapital zu sprechen, das unwiderbringlich vergeudet wurde. Doch das nur als Rückblick, um daran zu erinnern, daß die Erweiterungswehen der Europäischen Gemeinschaft keineswegs in den ursprünglichen Plan eingebaut waren, sondern durch spätere Entscheidungen der angesprochenen Länder verursacht wurden.

Auch auf dem weiten Gebiete der Außenbeziehungen schwebte Robert Schuman keineswegs ein egoistisch geschlossenes Werk vor. Ich erlaube mir zu zitieren: « Diese Produktion (von Kohle und Stahl) wird der ganzen Welt ohne Unterscheidung oder Ausschluß angeboten werden, um so zur Erhöhung des Lebensniveaus und zum Fortschritt in Frieden beizutragen... Europa wird, mit erhöhten Mitteln, eine seiner wesentlichen Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Kontinents ».

Sicher ist es in dieser Richtung wo die Botschaft vom 9. Mai 1950 am besten befolgt wurde. Die Europäische Gemeinschaft hat heute ein Vertragswerk aufgebaut, das seinesgleichen sucht, und das sie mit fast allen Ländern der Welt eng verbindet. Afrika — wie Robert Schuman schon voraussah — wurde bevorzugt behandelt durch die aufeinanderfolgenden Verträge, welche die Namen großer afrikanischer Hauptstädte tragen. England hat seinen früheren Kolonien aus Asien und der Karibik im Abkommen von Lomé die Tore geöffnet; ganz unabhängig von früheren Kolonialreichen aber kommt auch heute noch Eurafrika eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Hauptstoßrichtung bleibt gerade nach Süden gerichtet!

Dadurch hat die Gemeinschaft einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Entwicklung dieser Länder geleistet, nicht nur durch direkte Hilfe, sondern auch durch die Anwendung von Methoden, welche eine möglichst große Selbständigkeit der Empfänger garantieren sollen. Dieses Werk darf sich sehen lassen, wie auch der allgemeine Beitrag der 9 Länder zur Entwicklungshilfe, welcher pro Kopf weit höher liegt als der der anderen großen westlichen Länder, von den industrialisierten Ostländern schon gar nicht zu sprechen. Dabei möchte ich aber keineswegs zur Selbstzufriedenheit einladen: die Bedürfnisse bleiben weit größer als die Hilfsmittel. Weit viel mehr sollte gemeinschaftlich, anstatt national gemacht werden.

Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit (mit unser meine ich hier alle reichen Länder), dafür zu sorgen, daß überall in der Welt die materiellen Vorbedingungen entstehen, die überhaupt erst eine funktionsfähige Demokratie leben lassen können. Und in einer Zeit, wo durch so viele Zeichen an der Wand — und auf der Landkarte — klar wird, daß die ideologische und politische Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Tyranie auf der ganzen Welt, trotz Entspannung — aber wo? — unentwegt wei-

tergeführt wird, dürfen wir doch gar nicht einfach abdanken. Gerade Europa, endlich der Fesseln und des Ruches vergangener Kolonial- und Imperiumszeiten ledig, kann und muß doch für die Dritte und Vierte Welt ein Fanal und ein Beispiel dafür sein, daß die Probleme von Entwicklung, Fortschritt, Zusammenarbeit und Sicherheit im vollen Respekt der Unabhängigkeit der Staaten und der Freiheit ihrer Menschen gelöst werden können. Es wäre eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß Europa — und andere reiche Länder — als Wohlfahrtsinseln inmitten eines Meeres von Armut ungestraft ins nächste Jahrhundert einziehen könnten. Gerade im reichsten Lande der Gemeinschaft liegt es mir am Herzen zu betonen, daß, wenn wir auch mehr tun als andere, wir doch noch viel zu wenig tun. Es freut mich daher besonders, daß es gerade in dieser Richtung in Rom eben einen kleinen Hoffnungsschimmer gegeben hat und die Gemeinschaft doch nicht mit leeren Händen zum Abschluß des Nord-Süd-Dialogs antreten muß, den sie selbst durch einen ihrer Mitglieder angeregt hatte.

Leidlich optimistisch konnten meine Bemerkungen zu diesem Punkte doch noch sein. Viel schwerer fällt es mir schon, in friedfertigem Ton zu der nun folgenden Anregung Robert Schumans Stellung zu nehmen, oder vielmehr zu dem, was wir aus ihr gemacht haben. Ich zitiere noch einmal: « So entsteht das Ferment einer weiteren und tieferen Gemeinschaft zwischen Ländern, die lange durch blutige Gegensätze getrennt waren. »

Robert Schuman hatte klar erkannt, daß die europäische Einigung nicht Stückwerk sein konnte. Auf einem begrenzten Sektor anfangen, das sollte der Anstoß sein für ein größeres, ja allumfassendes Werk. Der gewöhnliche Sterbliche hat das sofort begriffen, wie ich schon eingangs sagen konnte. Begriffen haben es eigentlich auch die verantwortlichen Politiker, wie die Geschichte zeigen wird, doch ihnen fehlte der Wille, nach ihrer Einsicht auch zu handeln. Für Schuman nämlich ging es nicht darum, möglichst viel zu umfassen, sondern auch die Probleme so anzupacken, daß man sie bewältigen konnte. Die Methode war ihm wichtig, da er wußte, daß ein gemeinsames Arbeiten nur möglich ist, wenn man sich auch gemeinsame Befugnisse gibt. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl hatte an ihrer Spitze eine Hohe Behörde, die mit durchgreifenden Kompetenzen ausgestattet wurde. Sie hatte sogar die Möglichkeit, eines ihrer Mitglieder aus Gewerkschaftskreisen zu kooptieren. Soviel Mut zu guten Einfällen hat man später nicht mehr aufgebracht.

Man könnte sagen: je größer der Raum wurde, den man erfassen wollte, desto geringer wurde die Dichte dieses Raumes. Wir sind dann schließlich gelangt bei einem feierlichen Beschluß, eine allumfassende europäische Union zu bilden, vor Ende dieses Jahrzehnts, ohne aber festzulegen, was diese Union überhaupt sei und wie sie zu errichten sei. Schon allein vom Standpunkt der Literatur aus sticht die Erklärung vom 9. Mai 1950 sehr vorteilhaft ab von der Erklärung des Pariser Gipfels von 1972.

Zur Verwirklichung dieser europäischen Union hat der belgische Premierminister Tindemans, nach Rundsprache in allen Ländern, eine ganze Reihe von wertvollen und realistischen Ideen vorgelegt. Die ganze Mühe hat aber nur dazu geführt — außer den obligaten Glückwünschen und prinzipiellem Einverständnis —, daß wir nichts beschlossen haben, außer einmal im Jahr darüber zu sprechen — auf höchstem Niveau natürlich. Daß es um Europa heute schlecht bestellt ist, habe ich schon des öfteren Gelegenheit gehabt zu sagen. Es kann nicht daran liegen, daß wir nicht gewußt hätten, was getan werden müßte. Nach der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist es nämlich sehr schnell zur Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gekommen, der nächsten Etappe, welche über die wichtigsten Industrie- und Energiesektoren hinaus alle Wirtschaftszweige in einem großen gemeinsamen Markt vereinigen sollte. Gleichzeitig sollte dann die Kohle durch einen zweiten wichtigen Energiepfeiler, die Nuklearenergie, ergänzt werden. Euratom! Welche Weitsicht — neue Energiequellen; Spitzentechnologie; die potentielle Kriegsgefahr — all das sollte gemeinsam angepackt werden: ein gemeinschaftlicher Beginn auf einem Gebiet wo national noch recht wenig vorlag. Und was haben wir daraus gemacht? Das Beste was man sagen kann ist, daß wir den Euratomvertrag noch nicht formell abgeschafft haben. Die Richtung war gut, es fehlte bloß an Durchschlagskraft!

Mit der EWG verhält es sich schon etwas besser: sie ist heute ein, aus unser aller Leben und aus der Politik unserer aller Länder, nicht mehr wegzudenkender Faktor, und sie spielt eine wesentliche Rolle als größte Handelsmacht der Welt.

An den vielen schwerwiegenden Mißerfolgen der letzten Jahre aber und an ihren Ursachen kann man nicht vorbeisehen.

Wo ist die gemeinsame Energiepolitik, wo ist die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion? Nur mit größtem Unbehagen kann ich an die bestens organisierte Uneinigkeit der Neun bei der letzten Sitzung der UNCTAD in Nairobi zurückdenken. Das, nicht einmal von außen, sondern durch unverständliche Widerstände in den eigenen Reihen, verursachte Tauziehen um die Teilnahme der Gemeinschaft als solcher an den Gipfeltreffen der industrialisierten Großmächte, reißt immer wieder alte Wunden des Mißtrauens auf — ganz zu schweigen von der Glaubwürdigkeit eines Unternehmens, das sich so leichtfertig immer wieder selbst in Frage stellt.

Zu diesem Konstat der Schwäche kommt hinzu, daß die Gemeinschaft keineswegs ihre Anziehungskraft nach außen hin verloren hat. Die Erfolge der ersten 10 Jahre haben uns anscheinend eine dauerhafte « image de marque » verschafft; sicher liegt es auch nicht nur daran, daß der Schein trügt und daß, nach wohlbekanntem psychologischen Gesetzen, man das überschätzt, woran man bis dahin nicht teilhatte. Objektiv gesehen, muß das magnetische Feld einer Gemeinschaft von 250 Millionen Einwohnern und einem sehr hohen Wirtschaftspotential und Le-

bensniveau stark sein. Daß wir, gemessen an unseren eigenen Erwartungen, eine pessimistische Ansicht über ihren Stand haben, ändert daran nichts.

Ich möchte deshalb auch hier betonen, daß wir diejenigen demokratischen Länder Europas, die sich an die europäische Gemeinschaft anlehnen oder ihr angehören möchten, nicht enttäuschen dürfen. Politisch ist es ungemein wichtig, das Nötige zu tun, um die wiedererwachte Demokratie in Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien zu stützen; wirtschaftlich dürfen wir nicht zu einem geschlossenen Klub der Reichen werden. Ich bejahe also aus diesen Überlegungen heraus die Gesuche um Mitgliedschaft, und habe auch vor wenigen Wochen erst Gelegenheit gehabt, meinem portugiesischen Kollegen das zu erklären.

Eine « adhésion à la carte » darf es aber nicht geben. Und das wird schwierig sein. Die Gemeinschaftsregeln sind aufgebaut worden für Länder, die auf einem ungefähr vergleichbaren wirtschaftlichen Stand sind. Länder, die einen solchen Stand noch nicht erreicht haben, können diese Regeln natürlich nicht ohne weiteres übernehmen. Das Prinzip der Ausgewogenheit zwischen Rechten und Pflichten muß aber gewahrt werden. Ich bezweifle, ob die Methode der Übergangsphasen, so wie wir sie bis jetzt gekannt haben, in Bezug auf Griechenland, Portugal und Spanien anwendbar ist. Sollte man nicht eher, den Ideen Hirsch's, Monnet's und Uris's folgend, so weit wie möglich objektive, wirtschaftliche Kriterien aufzustellen versuchen: sowie sie erfüllt sind — Wirtschaftswachstum, Nationaleinkommen, Verschuldung — erfüllt sozusagen automatisch eine neue Etappe der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft mit den dazupassenden Rechten und Pflichten. Wir müssen uns das genau überlegen.

Etwas mehr Zeit jetzt, wird uns größere Schwierigkeiten später ersparen helfen.

Ein anderes Problem liegt mir in diesem Zusammenhang sehr am Herzen. Das Funktionieren der Gemeinschaft ist seit der Erweiterung von 6 auf 9 Mitglieder unverhältnismäßig schwieriger geworden. Sollte diese geometrische Progression auch bei den folgenden Erweiterungen anhalten, so werden wir sehr bald beim totalen Stillstand angelangt sein. Es ist also nicht nur wünschenswert, sondern unabdingbar nötig, daß wir sehr bald das « decision making process » vereinfachen. Nach der Schaffung des Europäischen Rates der Regierungschefs können wir nicht mehr viel weiter nach oben ausweichen. Die Besinnung muß sich also auf die Arbeitsmethoden im Rahmen der bestehenden Institutionen beziehen und — auch im Interesse der aufzunehmenden neuen Mitglieder — das recht bald.

Eindringlich möchte ich jetzt schon davor warnen, das Heil außerhalb der Verträge zu suchen: viel wird wieder geredet von der « Europe à deux vitesses » und vom Direktorium, in dem dann allenfalls Benelux mit einer Stimme und später die südlichen Mitglieder mit einer vertreten wären.

So wird Europa nicht funktionieren können. Die Lösung steht im Vertrag: sie heißt Mehrheitsbeschlüsse — wir sollten den Vertrag respektieren.

Der Erfolg der Gemeinschaft nach außen darf uns nicht als Alibi für ein internes Stillhalten dienen. Soviel Zeit haben wir schon verloren, daß es wahrhaft tragisch wäre wenn wir, wie das leider zu sehr in den siebziger Jahren geschehen ist, unsere Zeit und Arbeit ausschließlich den Beitrittsverhandlungen weihen und alles andere auf die lange Bank schieben würden. Wenn wir die Verhandlungen mit Portugal und wohl auch Spanien im Frühjahr 78 beginnen, dann 2 Jahre verhandeln und — mindestens — 10 Jahre Übergangszeit annehmen, werden wir 1990 schreiben bevor wir uns wieder um den inneren Zusammenhalt und Zustand der Gemeinschaft kümmern können. Der Horizont 1980 wandelt sich so langsam in einen Horizont 2000. Solange aber, fürchte ich, wird die Welt nicht auf uns warten.

Eine weitere Bemerkung noch in diesem Zusammenhang. Ich weiß sehr wohl, daß neue gemeinschaftliche Politiken sehr leicht den Nachteil haben, Geld aus den nationalen Budgets in das EWG-Budget abzuzweigen. Dabei geht es keineswegs um eine Girogemeinschaft, bei der leere nationale Kassen aus den vollen aufgefüllt werden, sondern um die Finanzierung einer gemeinschaftlichen Politik, die, von allen gebilligt, auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist.

Hier an dieser Stelle, wo ich heute spreche, sieht man diesen Aspekt der Dinge mit besonderer Deutlichkeit, da naturgemäß, um es ganz einfach auszudrücken, die Reichsten am meisten zur Kasse gebeten werden. Europa verlangt Opfer, und wer soll sie schon bringen, wenn nicht die, die es sich am meisten leisten können? Es liegt mir daran festzustellen, daß der Nettobeitrag zur Gemeinschaft pro Kopf der Bevölkerung für Luxemburg und Belgien dem für Deutschland vergleichbar ist. Vom Standpunkt der nationalen Budgets, und vom Standpunkt der nationalen Stimmbürger, ist es aber der Beitrag pro Kopf, der ins Gewicht fällt. Wenn also von Verärgerung über das « immer wieder zur Kasse gebeten werden » die Rede ist, dann dürften die Premier- und Finanzminister von Belgien und Luxemburg sich ebenso sehr ärgern wie ihre Gegenparts in der Bundesrepublik. Daß sie das nicht tun, könnte vielleicht als Ansporn zur Nachahmung gewertet werden!

Noch ein anderes Zitat möchte ich Ihnen vorlesen, um zu zeigen, daß die Erklärung vom 9. Mai 1950 sich auf alle Aspekte des internationalen Lebens bezieht: « L'Europe n'a pas été faite, nous avons eu la guerre. » Daß Europa in den dreißiger Jahren sich nicht einigte, das rächte sich durch einen Weltkrieg.

Man kann sich natürlich, glücklicherweise, den Krieg unter uns heute nicht mehr vorstellen. Ein Weltkrieg wäre es sowieso nicht mehr, höchstens, noch deutlicher als zuvor, ein kleiner Bürgerkrieg — wohl aber gibt die unterschiedliche Interessenlage der einzelnen Mitglieder, nach Osten und Westen, Süden und Norden den Großmächten draußen manche Gelegenheit Zwist zu säen und uns für ihre

Zwecke einzuspannen. Damit wir Herr im eigenen Hause bleiben, unsere innere Gegensätze selbst meistern, muß die europäische Einigung sehr weit gehen.

Das war Robert Schuman und seinen Beratern, insbesondere Jean Monnet, klar: daß das europäische Einigungswerk, das er vorschlug, nach und nach auch die beiden wichtigsten Attribute der Souveränität, nämlich Außenpolitik und Verteidigung, einbeziehen müssen, wenn es diese friedenserhaltende Rolle, die er ihm zuerkannte, voll und ganz spielen sollte.

Ein recht kühner Anlauf zur europäischen Verteidigung wurde sehr schnell genommen mit dem Vorschlag zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Wir wissen alle, wie dieser Vorschlag dann zu Fall gebracht wurde. Seither konnte das Problem kaum noch angeschnitten werden. Ich bin überzeugt, daß eine lebensfähige europäische Gemeinschaft nicht daran vorbeikommen wird, irgendwann auch die Verteidigung in ihre Überlegungen einzubeziehen. Man kann mir entgegenhalten, daß das verfrüht ist, so wie man es 1954 für verfrüht hielt. Ich würde dazu nur bemerken, daß gute und richtige Ideen nie verfrüht sind: es gibt nur Geisteshaltungen, die nachgehen, sowie schlechte Uhren.

Es scheint mir auch, daß uns heute die Fähigkeit fehlt, zwischen großen Ideen die notwendigen Prioritäten aufzustellen. Dabei sind es gerade die Schwachen, und die wenig Einsichtigen, die die Wahl auf morgen verschieben, weil sie sich lieber heute mit Kleinerem abgeben. Meine Befürchtung ist nur, daß wir so Morgen nie erreichen werden.

Was die Außenpolitik betrifft, so wurde auch hier ein leidlich guter Versuch, der sogenannte Fouchet-Plan, wegen einer unseligen Verquickung mit den Erweiterungsplänen 1963 zur Seite geschoben. Seither haben wir es wohl fertiggebracht, auf Grund der Beschlüsse des Haager Gipfels von 1969 die europäische politische Zusammenarbeit aufzubauen: diese arbeitet auch recht gut, unter den gegebenen Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen bedingen aber zwei fundamentale Nachteile, nämlich keinen institutionellen Unterbau und weit schlimmer, nur einstimmige Beschlüsse.

Herr Tindemans hat den Mut aufgebracht, in seinem Bericht nicht nur das Problem der europäischen Verteidigung anzuschneiden, sondern auch anzuregen, auf dem Gebiet der Außenpolitik auf vorsichtige Weise zu Mehrheitsbeschlüssen überzugehen. Auch diese Vorschläge wurden schnell in Grund und Boden verdammt.

Ich habe versucht, kurz aber möglichst klar darzulegen, welch großes Potential in der Erklärung vom 9. Mai 1950 enthalten ist, und als Kontrapunkt dazu, wie wenig wir in einem Vierteljahrhundert daraus gemacht haben. Meine Ausführungen sind recht kritisch gewesen, aber ich glaube wirklich nicht, daß die Lage in Europa zu Optimismus Anleitung gibt. Wie kann man nun den Karren aus dem Dreck ziehen?

Ich setze dabei, wie die Bundesregierung, große Erwartungen in die Direktwahl des Europa-Parlamentes. Nicht so sehr übrigens wegen der Befugnisse, die dieses Parlament erhalten wird. Selbstverständlich trete ich, als überzeugter Demokrat, dafür ein, daß das gewählte Parlament weitgehende Kompetenzen erhält, so wie dies bei einem demokratischen System in der Natur der Sache liegt. Für die Zuerkennung solcher Befugnisse bestehen Regeln und Prozeduren, die die Rechte eines jeden Landes schützen, und es besteht kein Grund anzunehmen, daß irgend jemand, und am wenigsten das gewählte Parlament selbst, den Weg eines Staatsstreiches wählen wollte. In dieser Frage wird die Direktwahl nur die Folge haben, daß niemand mehr eine ungenügende demokratische Legitimierung des Parlamentes vorzuschützen kann, um ihm Befugnisse vorzuenthalten. Ich persönlich habe nie daran gedacht, dieses Argument anzuwenden, da das Parlament auch jetzt schon, meiner Meinung nach, voll demokratisch ist, da es — mit Ausnahme der englischen Lords, aber sie werden es mir nicht übelnehmen — ausschließlich aus gewählten Volksvertretern besteht. Ab 1978 wird aber auch sonst niemand mehr einen solchen Vorbehalt anführen können, so daß dann die Frage der Befugnisse als solche diskutiert werden kann.

Wichtiger für die Zukunft Europas scheint mir jetzt die große öffentliche Debatte, zu der die Direktwahl in unsern neun Ländern gleichzeitig Anlaß geben wird. Wie ich schon sagte, hat der Durchschnittswähler ein sehr gutes Empfinden für die Grundfragen der Europapolitik, wie auch die regelmäßigen Meinungsumfragen zeigen. Dieses Empfinden ist aber instinktiv, unbewußt, und es kommt darauf an, es bewußt zu machen und daraus eine treibende Kraft für die verantwortlichen Staatsmänner abzuleiten. Deshalb ist es wesentlich, daß die Debatte offen und ehrlich geführt wird. Die größte Gefahr für die Direktwahl läge darin, daß man sie totschweigen oder aber in rein nationalem Denken führen wollte. Alle, denen an Europa liegt, müssen sich voll engagieren, und eine europäische Kampagne führen, um so auch die Gegner zu zwingen, in die Arena einzusteigen und ihre Karten aufzudecken. Nur so kann der Entscheid der Wähler klar sein.

Zwanzig Jahre lang haben jetzt ausschließlich die Regierungen, und auch ein bißchen, das gebe ich gerne gegenüber den Kollegen von der Presse zu, die Publizistik, sich gefragt welches Europa wir wollen, und warum es nicht schneller geht. Jetzt müssen auch die Wähler, die ja anscheinend so ungeduldig sind, zu diesen Fragen Farbe bekennen.

Weiter ist es sehr wichtig, daß nicht nur eine zweite Garnitur von Staatsmännern und Politikern sich für diese Wahlen interessiert. Ich bin immer für das doppelte Mandat — europäisch und national — eingetreten, weil dadurch der politische Rückhalt der Europa-Parlamentarier gesichert wird. Das ist wohl in Luxemburg leichter als in andern Ländern, aber wenn es nicht möglich ist, das Doppelmandat generell durchzuführen, dann müssen auf jeden Fall überall solche Politiker sich zu den Euro-

pawahlen stellen, die eine genügend starke Position in ihren Parteien haben, um so sicher zu sein, daß die europäischen guten Vorsätze nicht national stillgelegt werden.

Unter solchen Bedingungen hoffe ich, daß der Stein wieder ins Rollen gebracht werden kann. Europa leidet seit Jahren an einem Mangel an politischen Entscheidungen. Die große öffentliche Debatte der Direktwahl wird uns vielleicht wieder den Mut geben, nicht immer zu warten, bis auch alle technischen Voraussetzungen erfüllt sind, sondern Entscheidungen zu treffen, damit dann die notwendigen Folgerungen daraus gezogen werden. Vor zwei Monaten haben wir in Straßburg das neue Europahaus eingeweiht. Das Datum dieser Zeremonie war lange vorher festgelegt worden. So wurde dann auch das Gebäude einen Tag vorher, vielleicht nicht ganz fertig, aber doch funktionsfähig. Hätte man mit der Einweihung warten wollen, bis auch das letzte technische Detail seine Regelung gefunden hat, so würde man wohl noch nächstes Jahr daran herumfummeln. Dies ist wohl nur ein banales Beispiel, dem man aber zahlreiche Anwendungen geben könnte.

Da wir jetzt schon von Gebäuden reden, möchte ich ein Wort auch noch zu der Sitzfrage sagen. Die Europäische Union wird, ebensowenig wie die Bundesrepublik Deutschland, auf die Dauer mit einem provisorischen Sitz ihrer Institutionen auskommen. Ohne den hier anstehenden Entscheidungen vorgreifen zu wollen und nur um den einmal angeschnittenen Gedanken noch etwas weiter zu spinnen, verweise ich darauf, daß gerade die Bundesrepublik zeigt, daß wichtige Bundesdienste durchaus dezentralisiert werden können. Und so sollte es auch, meines Erachtens nach, möglich sein, noch vor dem 30. Jahrestag der Verträge die Sitzfrage endgültig mit Bestätigung der schon aus der Gründerzeit erworbenen Vorrechte zu regeln.

An jedem von uns liegt es, an der Stelle wo er steht das zu tun, was er im Interesse der europäischen Einigung tun kann. Die besondere Ehre, die mir jetzt von Ihrer Seite zuteil wurde, hat mir Gelegenheit gegeben, vor einem erlesenen und fachkundigen Publikum einige der großen Sorgen zu erläutern, die mir der heutige Stand der europäischen Einigung bereitet, und einige der Gedanken vorzutragen, die mir für die Zukunft wichtig erscheinen. Diese Gedanken waren recht kritisch soweit sie die Vergangenheit betreffen: wir wollen aber nicht an dem Vergangenen hängen bleiben, sondern daraus lernen für die Zukunft. Für mich jedenfalls wird die Ehrung, die mir heute zuteil wurde, ein starker Ansporn sein für meine eigene zukünftige Arbeit im Interesse Europas.

Für mich wird diese Ehrung, dieser Robert Schuman-Preis, die Achtung die er bedeutet, neuer Ansporn sein, mein europäisches Engagement weiterzuführen, einer unter vielen Kämpfern für Europa. Das werde ich, trotz aller Kritik und Vorsicht, mit Optimismus tun. Ich sehe eben für unser eigenes Überleben und für dasjenige der uns teureren Werte keinen andern Weg. Nach 30 Jahren des Wiederauf-

baus, der Versöhnung, der Entkolonialisierung, des Aufstiegs der Supermächte, des scheinbar unaufhaltbaren Fortschritts, des Rückfalls in die Krise, in einem Zeitalter wo die Probleme der Entspannung, der Sicherheit, der Menschenrechte in der Welt, der Entwicklungshilfe so dramatisch auf uns einströmen, müßte es doch nicht nur dem Kleinen in der Gemeinschaft, sondern auch den Größeren und den vermeintlich Großen unter uns sonnenklar sein, daß es für jeden allein und auf sich gestellt keine Zukunft mehr gibt und daß wir nur gemeinsam und

zusammen unser aller und die eigene Identität retten können.

Für diese Zukunft allerdings, brauchen wir kühne Architekten, nicht nur zaghafte Verwalter. Den Grundplan, den wir nur anpassen sollen, hat uns, mit den andern « Pères Fondateurs », der Mann geliefert, den wir heute abend viel mehr ehren noch als den vorübergehenden und jetzt auch sofort von diesem Rednerpult zurücktretenden Preisträger, nämlich : Robert Schuman.

Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verleiht auf Beschluß des Kuratoriums den

ROBERT-SCHUMAN-PREIS

der von der Stiftung F.V.S. zu Hamburg zur Verfügung gestellt wurde, für das Jahr 1977

S. E. Herrn Staatsminister Dr. Gaston THORN
Präsident der Regierung des Großherzogtums Luxemburg.

Damit soll das zielbewußte, umsichtige und unbeirrbar Eintreten des langjährigen Außenministers und jetzigen Regierungschefs des Großherzogtums Luxemburg für die europäische Einigung gewürdigt werden, namentlich sein Wirken für die Sicherung und Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften sowohl innerhalb dieser als auch in deren Beziehungen zum Auslande.

Solches Engagement verdient hohe Wertschätzung gerade in einer Zeit der Gefährdung durch Blickverengung und Eigensucht in Partnerländern und durch Mangel an Anteilnahme in weiten Kreisen.

Das Kuratorium anerkennt insbesondere das Bemühen des Preisträgers um die Bildung und Aktivierung europäischer Parteien und damit um die Erschließung eines neuen Weges für europäisches Engagement auf breiter populärer Grundlage. Diese Urkunde ist ausgestellt am Tage der feierlichen Überreichung des Preises.

Bonn, am 29. März 1977.

Rolf Leis,
Rektor der Universität.